

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 21. Jahrgang, Nr. 7, 1. April 2004

A 13861

rechts

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Faltersteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 7611 62 49
Bkz.: 100 500 00/Kto-Nr.: 0670017787

Einblicke

Unverfroren

Von Michael Frank

Es ist aus der Mode gekommen, im politischen Geschäft mit Anstand zu rechnen. Zumal in Österreich, wo es fast schon als Maxime gilt, nach Wahlen das Gegenteil dessen zu tun, was vorher versprochen wurde. Doch selbst vor diesem Hintergrund mutet es unverfroren an, was sich in Kärnten zuträgt. Ausgerechnet die Sozialdemokraten machen den rechtspopulistischen Tribünen Jörg Haider wieder zum Landeshauptmann.

Demokratie braucht Kompromisse. Der Kompromiss als Kunst des Möglichen unterscheidet sich aber erheblich von nacktem Opportunismus. Die Kärntner SPÖ sucht sich ran-schmeißerisch am zwar verblassenden, im Vergleich aber immer noch berauschenden Charisma des Jörg Haider zu wärmen. Eines Mannes, den man gerade noch jenseits moralisch akzeptabler Kategorien angesiedelt wissen wollte. Die sonst in politischer Ranküne unschlagbare ÖVP sieht angesichts dieses Spiels diesmal richtig sauber aus.

Nun gibt es in Österreich die These, das Biotop Kärnten sei ohnehin nicht erklärbar, schon gar nicht mit Mitteln des Verstandes. Die Bundes-SPÖ wird sich darauf herauszureden versuchen. Doch die SPÖ mit ihrem Bundesvorsitzenden Alfred Gusenbauer weiß, dass sich der Erfolg von Haiders Freiheitlichen immer weithin aus Verdrossenen und Abtrünnigen des roten Lagers gespeist hat. Vom Niedergang der FPÖ im übrigen Österreich hat aber bislang nur die Volkspartei des Kanzlers Wolfgang Schüssel profitiert. Kärnten ist das Signal an die von Schlingerkurs und Inkonsequenz der FPÖ neuerlich verunsicherte Klientel, doch bitte zur SPÖ heimzukehren. Solche Taktiken sind zwar auch schon anderswo gelungen. Doch diese Art politischer Trickserie ist nicht nur unsauber und unehrlich, sondern auch heikel und riskant. Weil sie den rechten Rand des demokratischen Spektrums verwischt.

Michael Frank ist Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ in Wien

„Ruhm und Ehre“

Die Freien Kameradschaften bewerten ihre Störaktionen gegen die „Soldatenverleugnung“ in Hamburg als Erfolg.

Seite 2 ■

Band mit Hakenkreuz

Jahrelang konnten Skinheads im vogtländischen Reichenbach im städtischen Jugendclub ihre Hetzlieder einspielen.

Seite 3 ■

Braune Plauderecke

Über Internetforen tauschen sich besonders junge Neonazis aus und knüpfen Kontakte in die Szene.

Seite 5 ■

Geschmacklosigkeit

Die Organisation PETA trivialisiert mit ihrer Tierschutz-Kampagne den Holocaust.

Seite 10 ■

Vergebliche Bitten

Vor 60 Jahren hofften die Häftlinge des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau auf die Bombardierung durch die Alliierten.

Seite 11 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhlhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten

Störaktionen

Das bundesweite Netzwerk der Freien Kameradschaften hat die Wehrmachtausstellung mit vielfältigen Provokationen begleitet.

„Hamburgs Innenbehörde kann den Besuch einer kulturpolitischen Veranstaltung nicht sichern“, betonte Rolf Becker. An die 60 Interessierten waren zu einer politisch-literarischen Führung des bekannten Schauspielers durch die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 1944“ nach Kampnagel gekommen. Längst nicht alle, die für den vorletzten Tag eine Eintrittskarte zu der Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung (HIS) um Jan Philipp Reemtsma erworben hatten. Denn den vereinbarten Shuttlebusverkehr stellte die Polizeileitung am 27. März ein und einzelne Besucher wies die Polizei an den Straßensperren ab. „Wenn das Schule macht“, warnte Becker, „werden die Neonazis gegen jede ihnen missfallende Kulturveranstaltung aufmarschieren“.

Wenige Stunden später schallt es vor Kampnagel: „Ruhm und Ehre der deutschen Wehrmacht“. Etwa 300 Neonazis waren zu dem Marsch gegen die „Schandausstellung“ gekommen. Die Behörde hatte die von Christian Worch als „Abschluss gegen den Reemtsma-Wanderzirkus“ gewünschte Route zwar abgelehnt, dafür durften die Neonazis ihren „Unmut über die Soldatenverleugnung“ erneut in dem Stadtteil des Ausstellungsortes verkünden. Bereits zur Ausstellungseröffnung Ende Januar waren an die 1200 Neonazis aus dem bundesweiten Netzwerk der Freien Kameradschaften in die Hansestadt gereist. Bestärkt von diesem Erfolg, warb das Aktionsbüro Norddeutschland um Thomas Wulff mit dem Motto „Reemtsma lügt – wir haben gesiegt“.

Per Eilantrag hatte die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano neben anderen noch versucht, den Marsch zu verhindern, da das Motto des Aufrufs die Straftat der Volksverhetzung beinhalten würde. „‘Reemtsma lügt’ bedeutet, dass der Anmelder des Aufmarsches die Beteiligung der Wehrmacht am Holocaust leugnet“, erklärte ihre Anwältin Gabriele Heinecke. Vor dem Bundesverwaltungsgericht scheiterte der Antrag unter anderem, weil das Motto einen Interpretationsspielraum zulasse.

Während des Marsches überließen die Neonazis ihre Botschaft nicht der Interpretation. „80 bis 90 Prozent der Ausstellung sind erlogen“, wetterte Jürgen Rieger beim Auftakt am S-Bahnhof Saarlandstraße und verkündete: „Stalin wollte Deutschland angreifen“. Auf der Zwischenkundgebung vor Kampnagel führten sie eine SS-Fahnenweihe durch. „Ich rufe die Freiwilligen aus Finnland“, brüllte Worch. Ein „Hier“ schmetterte ein Neonazi mit der entsprechenden Landesflagge. Nach und nach verehrten sie alle freiwilligen Landesdivisionen der Waffen-SS. Diese Ehrungen hatte die Versammlungsbehörde zwar untersagt, aber die Polizei schritt nicht ein. Auch nicht, als die Neonazis „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ skandierten. Bei der Abschlusskundgebung durfte ein finnischer Veteran der Waffen-SS die Verbrechen beschönigen.

500 Neonazis hatte Worch eigentlich angekündigt. Doch der Streit zwischen Worch und Wulff über die rechte Strategie scheint noch nachzuwirken. Auch wenn das Aktionsbüro Norddeutschland für den Marsch warb und nicht mehr offen den von Worch vorangetriebenen „Demo-Tourismus“ hinterfragt.

Die Kameraden um Wulff setzten allerdings während des Ausstellungszeitraums die von ihm vorgeschlagene Basisorientierung um. Getreu dem Konzept, die Aktivisten an der Basis besser einzubinden und sich lokal zu positionieren, führten sie vielfältige Provokationen durch: Sie traten in Hamburgs Fußgängerzonen unter anderem mit Esels- und Schafsmasken auf und leugneten die Verbrechen der Wehrmacht.

Die Aktivitäten machte das Aktionsbüro erst im Nachhinein öffentlich, um die Binnenwirkung nicht zu gefährden. So auch ihre Störaktion im HIS: Am 27. Februar bestimmten an die 40 Neonazis den Vortragsabend „Soldaten der Wehrmacht im Vernichtungskrieg“ des Historikers Christoph Rass. Vom Erfolg ermuntert, störten sie in der Evangelischen Akademie am 25. März den Vortrag „Zwei Ausstellungen“ von Reemtsma. „Lügner“, riefen die etwa 35 Neonazis und entrollten ein Transparent. „Reemtsma lügt – Wahrheit siegt“. Als Reemtsma zu seinem Fahrzeug wollte, „begleiteten“ die Neonazis ihn mit „Protestrufen“. Der Einsatz war für sie „zufriedenstellend beendet“. Die Kampagne gegen die „Soldatenverleugnung“ in Hamburg werteten Wulffs Kameraden im Ganzen als „vollen Erfolg“. Alleine Christian Worch könnte als einst unumstrittener Neonaziführer etwas enttäuscht sein.

Andreas Speit

Hintergrund

Die „braunen Teufel“

Mit öffentlicher Unterstützung konnten Skinheads im vogtländischen Raum über Jahre ungestört agieren.

Lange Zeit gingen die Neonazis der Reichenbacher Skinhead-Band „Haftbefehl“ im städtischen Jugendclub „Lila Pause“ ein und aus. Auf Kosten der vogtländischen Stadt nutzten sie den Proberaum, um ihre rechten Songs einzuspielen. Polizei und Staatsschutz waren der Meinung, dass es gut sei, den rechtsradikalen Jugendlichen in der Stadt ein Dach über dem Kopf zu geben und sie so unter Kontrolle zu halten. Die Glatzen um Sebastian „Reimi“ Reimann präsentierten ihre Musik sogar bei der Einweihung der Turnhalle in der Cunsdorfer Straße. „Dort sangen die Musiker im Auftrag der Stadt“, schreibt der „Vogtlandanzeiger“ am 12. März. Damit ist jetzt Schluss. Bei einer Razzia durchsuchte die Polizei die Wohnung des Bandleaders genannt „Oemi“ und beschlagnahmte seinen Computer. „Es war Gefahr im Verzuge“, so der zuständige Staatsanwalt in Zwickau, „wir mussten sofort handeln, um sicherzustellen, dass der verdächtige P. seine Computer nicht beiseite schafft“.

Anlass für die Ermittlungen wegen verfassungswidriger Symbole gab die Homepage der Rechtsrock-Band, auf deren Seiten Hakenkreuz und Hitlergruß zu sehen waren. Im vergangenen Jahr beschäftigten die Neonazis bereits Staatsanwaltschaft und Landeskriminalamt, damals jedoch mussten die Ermittlungen eingestellt werden, da die Homepage über einen amerikanischen Provider lief und die Verantwortlichen nicht zur Verantwortung gezogen werden konnten. Diesmal nutzte „Haftbefehl“ einen deutschen Anbieter, bei dem sind die bereits auf der Homepage gelöschten Daten noch vorhanden und können zugeordnet werden.

Angezeigt wurde die Band vom Oberbürgermeister der Stadt Reichenbach, Dieter Kießling. Der hatte sich der Erkenntnis hingeben müssen, dass die Neonazi-Szene lange genug im Schutz des städtischen Jugendclubs gedeihen konnte und die Notbremse gezogen. Anfang Oktober 2003 sorgte die kleine Stadt am Rande des Erzgebirges für unangenehme Schlagzeilen, als bei einer groß angelegten Razzia der Polizeidirektion Gera gegen Rechtsradikale und Wirtschaftskriminelle der Szeneladen

„Ragnarök“ des Anführers der Kameradschaft „Braune Teufel“ David Köckert in der Bahnhofstraße durchsucht wurde. Dabei geriet auch die befreundete Band ins Visier der Fahnder.

Mit Hilfe antifaschistischer Gruppen deckten die Lokalmedien daraufhin weitere Missstände auf, es kamen immer mehr Details über die Vernetzung der regionalen Neonazi-Szene ans Licht. Seit Jahren drang nationales Liedgut zu düsteren Klängen aus den Proberäumen des Jugendclubs „Lila Pause“, folglich mieden die anderen Jugendlichen das Haus. Auf der Homepage der Band gab es unter „Lustiges“ das Spiel „Ziel schießen“ mit Fotos von jüdischen Politikern und politischen Gegnern. Aber vor allem die Rubrik „Unsere Mädels“ verschlug den Stadtoberen die Sprache: Dort blickte ihnen die Jugendclub-Leiterin vom Foto aus entgegen. Die junge Frau, die mit ihrem Faible für Kampfhunde bereits aufgefallen war, wurde nach den Enthüllungen schleunigst aus dem Bereich Jugendarbeit entfernt. Ihr wurde „eine andere Tätigkeit zugewiesen“. „Wir werden keinerlei rechtsradikale Tendenzen mehr dulden“, sagte Kießling der „Freien Presse“ und erklärte das Konzept, rechten Problemgruppen Räume anzubieten, für beendet. Auf den Prüfstand soll jetzt Kießling zufolge auch ein Fußball-Förderprojekt beim Reichenbacher FC. Die PDS-Fraktionsvorsitzende Karin Höfer zeigte sich „geradezu schockiert“, dass hier die Rechten erneut mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden sollen.

■ Jugendclub-Leiterin prangt mit Foto auf der Neonazi-Homepage ■

Ursprünglich waren die neonazistischen Skinheads aus dem vogtländischen Raum ein zusammengewürfelter Haufen, man traf sich samstagabends an der Tankstelle und prügelte sich auf Feiern in den umliegenden Dörfern. Der Name „Braune Teufel“ prangte dann auf den Trikots der eigenen Fußballmannschaft, die Skinheads organisierten Turniere. Anführer David Köckert hatte sich zunächst für die NPD interessiert, agierte dann jahrelang ungehindert im Kameradschaftsspektrum zwischen Greiz und Plauen. Aus Neumarkt in der Oberpfalz stieß der spätere Greizer Kameradschaftsführer Stephan Dieske hinzu. Kontakte pflegten sie zunächst vor allem zu sächsischen und bayerischen Kameraden, auch der Club WAW in Nürnberg hinterließ im Gästebuch von „Haftbefehl“ nette Grüße. Der schwergewichtige Ladenbetreiber Köckert organisierte seit etwa 2001 zunehmend Konzerte mit der Band aus

Reichenbach, unter anderem in Greiz-Dölau und Wohlbach. Bis zu 150 Glatzen kamen in die Gaststätte des Ortes, um die Kameraden aus Reichenbach, eine Band aus Leipzig und „Kommander of Hate“ zu hören. Im Gästebuch von „Haftbefehl“ hinterließen dann auch Andreas Lohei, Sänger der Bremer Band „Endlöser“ und Frank, Mitglied der schleswig-holsteinischen Gruppe „Kampfhandlung“, freundschaftliche Einträge. Während die Reichenbacher Neonazis immer engere Kontakte in die bundesweite Hardcore-Musikszene knüpften, warb der „Reichenbacher Anzeiger“ noch im Oktober 2002 naiv für einen „Ferienabschlussabend“ mit der „Jugendband Haftbefehl“ in der „Lila Pause“.

Kaum schlägt die Stadt Reichenbach jetzt eine härtere Gangart ein, da beklagt sich der bereits vorbestrafte Bandleader „Oemi“ am 11. März im eigenen Gästebuch: „heute früh mach ich die türe auf und was muss ich da mit entsetzen sehen, scheiß bullen (...) die haben meine ganzen computer und das handy eingezogen. Egal ich hab mir heute alles neu gekauft! (...) Heil Euch und 88!!“

Die Homepage der Band ist inzwischen abgeschaltet und auch David Köckert hat mit seinem Laden „Ragnarök“ den Ort in Richtung Mylau verlassen. Es wird etwas dauern, bis sich die „Braunen Teufel“ und ihre Band wieder sammeln – aber bestimmt nicht lange. Kurz nach der Razzia im Oktober höhnte Bandmitglied „Reimi“, langjähriger Zeitsoldat, den die Bundeswehr auch im Ausland einsetzte, im Gästebuch: „Hoffe ihr seid alle schön brav beim Fußballtraining. Ich für meinen Teil sitz bei meinem Vater auf Geburtstag und erfreue mich an seinen antiquaren Geschenken aus dem Dritten Reich. (...) Besondere Grüße an unseren zur Zeit in U(rbräu)-Haft sitzenden Kameraden.(...) Lass dich nicht unterkriegen... Famous 14 words...“

Die verantwortlichen Politiker hätten bereits im Sommer 2001 Anlass gehabt, der Neonaziszene zwischen Greiz und Reichenbach etwas entgegenzusetzen, damals wurden Molotow-Cocktails gegen ein Flüchtlingsheim geworfen, die inzwischen zu Haftstrafen verurteilten Täter gehörten zum Umfeld der „Braunen Teufel“. Vor einiger Zeit kam es zu einem Sammelverfahren gegen die Greizer und Reichenbacher Neonazis. Bei einer Zugfahrt hatten sie ein Video gedreht, auf dem manche mit dem Hitlergruß und verbotenen Symbolen zu sehen waren. Auch Köckert bekam eine dreijährige Bewährungsstrafe, die lief zum Zeitpunkt der Razzia im vergangenen Oktober noch. *Andrea Röpke*

Aus der Szene

Musik-Tauschhandel

■ Razzia gegen Anbieter von Neonazi-CDs. ■

Die Polizei ist am Mittwoch, den 24. März nahezu bundesweit gegen die rechtsextreme Musikszene vorgegangen. Außer in Bremen wurden in allen Bundesländern von 6.00 Uhr an 333 Wohnungen und andere Objekte durchsucht. Anlass waren die Ermittlungen gegen 342 Neonazis und andere Personen, die sich über die Internet-Tauschbörse „KaZaA“ Musiktitel deutscher rechtsextremer Skinheadbands besorgt und diese dann zum Herunterladen zur Verfügung gestellt haben sollen.

Ein Schwerpunkt der Polizeiaktion lag in Nordrhein-Westfalen. Das Bundeskriminalamt hatte den Einsatz initiiert, die Durchsuchungen nahmen die Landeskriminalämter vor. Gegen die Tatverdächtigen leitete die Staatsanwaltschaft Bonn Ermittlungen wegen des Verdachts der Volksverhetzung ein. Die Beamten entdeckten zahlreiche rechtsextreme CDs und machten auch Zufallsfunde. Nach Informationen der Tageszeitung „Der Tagesspiegel“ wurde in Berlin eine 20-Millimeter-Sprenggranate sichergestellt. „Der Besitzer sagte, er habe die Granate in einem Wald ausgebuddelt“, hieß es in Sicherheitskreisen. Sprengstoffexperten der Polizei untersuchten das Geschoss noch am Fundort.

Bei den Durchsuchungen in Berlin wurden auch Schreckschusswaffen gefunden. Außerdem scheint der Polizei ein Raubkopierer ins Netz gegangen zu sein. In einem Berliner Objekt wurden Nachpressungen von CDs mit unpolitisch-kommerziellen Musiktiteln festgestellt. Sicherheitsexperten werten den Fund als Hinweis auf Verbindungen zwischen konventionellen Musikpiraten und der rechtsextremen Szene.

Das Bundeskriminalamt hatte schon im April 2001 eine größere Durchsuchungsaktion gegen Rechtsextremisten und andere Personen initiiert, die sich über das Internet volksverhetzende Musik beschafft hatten. Als Quelle diente damals die Tauschbörse Napster. Der neue BKA-Präsident Jörg Ziercke warnte jetzt eindringlich vor dem braunen Sound. Rechtsextreme Skinhead-Bands sprächen mit ihrer Musik gezielt junge Leute an und zögen sie „in den Dunstkreis des Antisemitismus und der Fremdenfeindlichkeit“. *Frank Jansen*

Aus der Szene

Rechte Plauderecke

Junge Neonazis tauschen sich über Internet-Foren aus. Dabei wird die Szene auch mit aktuellen Meldungen versorgt.

„Wir begrüßen unseren neuesten Benutzer ‘alternazi‘“, teilte der Wikingerversand in seinem Forum kürzlich mit. „Alternazi“ ist bereits der 563. registrierte Forumsteilnehmer bei dem rechten Online-Nazi-Ramschladen aus Bayern. Ursprünglich war das Forum nur eine Unterseite der Versand-Homepage. Doch inzwischen ist es zu einem der bedeutendsten virtuellen Treffpunkte der überwiegend jungen Skinheads und Neonazis geworden. Mehr oder weniger freimütig tauscht sich hier der rechte Nachwuchs in Rubriken wie „Musik“, „Kontakte“, „Andersdenkende“ oder „Politik“ aus.

Eine beachtliche Anzahl Online-Nazis meldet sich Tag für Tag in der rechten Plauderecke zu Wort. Innerhalb von 24 Stunden gehen an einem normalen Wochentag 150 bis 200 Beiträge ein. In der Kernzeit, den letzten Stunden vor Mitternacht, gibt es neue Meldungen im Zwei-Minuten-Takt. Offene Hetze gegen die typischen Feindbilder wird weitgehend vermieden. Und wenn sich jemand nicht an die vorgegebenen Verhaltensregeln („Keine Beleidigungen, Anfeindungen oder sonstige Schüsse unter der Gürtellinie“) hält, wird der Beitrag einfach zensiert. Mehr als ein Dutzend langjähriger Forumsteilnehmer überwachen als „Moderatoren“ die Texte. Man will ja nicht mit dem Gesetz in Konflikt geraten.

„Stets sachlich argumentieren und niemanden persönlich angreifen“, fordert Wikingerversand-Betreiber Siggie Birl aus Geiselhöring, der sich selbst „Versand-General“ nennt. Ein Wunsch, der nur selten in Erfüllung geht. Fast jede Diskussion endet in Beleidigungen und die Beiträge erreichen inhaltlich und orthografisch oft nicht mal Grundschulniveau. Da bekennt mal eine Teilnehmerin unter dem Pseudonym „Staatsfeindin“, dass sie die Parfums „Le Bain“ und „Sensi“ mag, „wenns net alles so teuer wäre“. Getarnte Hetze ist geduldet, statt „Juden-Staat“ wird einfach „J-Staat“ geschrieben, die Szene weiß schon, was gemeint ist.

Wie gut das Informationssystem funktioniert, zeigte sich jetzt auch am 24. März. Um 9.40 Uhr teil-

te das Bundeskriminalamt mit, dass 333 Wohnungen von Neonazis durchsucht worden seien, die rechte Musikstücke aus dem Internet heruntergeladen hätten. Nicht einmal fünfeinhalb Stunden später stand die Original-Mitteilung des BKA im Forum. 48 Stunden später war der Text bereits über 700 mal angeklickt worden, mehr als 40 weitere Forumsteilnehmer äußerten sich zu dem Verfahren, Ende offen.

Mehr oder weniger aktuell wird die Szene auch mit Agentur-Meldungen wie „112 Delikte gegen Ausländer“ (ddp) oder „Sieben Neonazis aus Szene ausgestiegen“ (dpa) versorgt. Kernstück des Forums ist aber der Bereich Musik. So ziemlich jede neue CD aus der rechten Ecke findet hier früher oder später Erwähnung. Und wenn die Mitglieder nicht von selbst auf eine Scheibe kommen, schreibt eben ein getarnter Versandbetreiber oder Produzent, wie toll die Neuerscheinung ist und wo man sie bekommt. Ganz offen wird immer wieder nach indizierten CDs gefragt. Im Forum gibt es dann zwar meist den Hinweis auf einen Versand im Ausland zur Antwort, aber der Interessent kann durchaus hoffen, dass sich bei ihm auch ein Anbieter aus Deutschland direkt per Mail meldet.

Die Gefahr von rechten Foren wie beim Wikingerversand liegt gar nicht unbedingt im transportierten Inhalt, sondern in der Größe und den Möglichkeiten. Langjährige Szene-Mitglieder, ehemalige „Blood&Honour“-Aktivisten, rechte Musiker und Konzertveranstalter melden sich genauso zu Wort, wie die jungen Nachwuchs-Skinheads im Alter von 12 oder 13 Jahren. Nie war es für die „Babyglätzen“ einfacher Kontakte zu knüpfen, Propagandamaterial zu erhalten oder verbotene CDs zu beschaffen. Der tägliche Austausch intensiviert die Beziehungen, auch wenn sie zunächst weitgehend anonym anlaufen. Weiter verfestigt werden sie dann bei Demonstrationen, Konzerten oder beim Forumstreffen des Wikingerversandes. Rund 100 Rechte haben im vergangenen Jahr daran teil genommen.

Während Neueinsteiger wie „alternazi“ freundlich begrüßt werden, sind Verabschiedungen nicht vorgesehen. Ein Rechter teilte von sich aus mit, seine Einstellung habe sich geändert: „Ich habe eine sehr nette Frau aus Äthiopien kennen gelernt, mit der ich meine zukünftigen Wege gehen werde. (...) Vielleicht kommt der ein oder andere von euch auch irgendwann zur Vernunft und kehrt dieser Hass-Szene ebenfalls den Rücken“. *Benny Bender*

Aktivitäten**Trittbrettfahrer****■ Rechte protestieren gegen Sozialabbau. ■**

Am 3. April wollen bundesweit Gewerkschaftler und Erwerbslose gegen Sozialabbau auf die Straße gehen. Auch die NPD ruft an diesem Tag zur Demonstration gegen die Agenda 2010 ins mecklenburgische Neubrandenburg auf. „Ein neues System bietet neue Möglichkeiten“, heißt das Motto. Zu dem Aufmarsch mobilisiert neben der NPD auch das neonazistische „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Mitteldeutschland“. Dafür wird mit Flugblättern und Plakaten sowie einer eigenen Internetseite geworben. Dort heißt es in eindeutig rechter Diktion: „Die Erneuerung eines gesunden Deutschlands und Europas haben wir uns zur Aufgabe gemacht. Nur ein gesunder nationaler Sozialismus ist und bleibt die einzige Alternative. Deshalb unterstützen sie noch heute unseren Kampf gegen Klassenschaffung und sozialem Abstieg der Gemeinschaft“. Zu den auf der Internetseite aufgelisteten Einsparvorschlägen der Rechten gehören unter anderem die Streichung der Ausgaben für Ausländer und Flüchtlinge. Außerdem sollen die Gelder für das Holocaust-Mahnmal und andere Gedenkstätten sowie die Zahlungen für internationale Organisationen wie Weltbank, IWF, UNO und Unesco eingestellt werden. Der PDS-Stadtverband hat den Oberbürgermeister aufgefordert, die Demonstration nicht zu genehmigen.

Ursprünglich war auch in Frankfurt/Main am 3. April eine Demonstration unter dem Motto „Volksgemeinschaft statt Klassenkampf“ gegen die Agenda 2010 angemeldet worden. Dort waren der NPD-Vorsitzende Udo Voigt und Thorsten Heise als Redner angekündigt. Doch die NPD sagte den Aufmarsch kurzfristig ab. Die Begründung lautet, dass die genehmigte Route durch das Industriegebiet nicht akzeptabel sei. Möglicherweise befürchteten die Organisatoren auch einen Flopp. Während die rechte Mobilisierung nur schleppend anließ, waren die Proteste im Vorfeld zahlreich. Der Deutsche Gewerkschaftsbund in Frankfurt/Main hatte ein Verbot gefordert und Gegenwehr angekündigt. Die Rechten haben die soziale Frage aber nicht nur am 3. April für sich entdeckt. In Dresden ruft ein Bündnis von Republikanern, DVU, NPD bis zu den Freien Nationalisten zu Montagsdemonstrationen gegen den Sozialabbau auf.

Peter Nowak

Ausland**„Gefährliche Person“****■ USA verweigern polnischem Holocaust-Leugner die Einreise für Konferenz. ■**

Mit dem Amerikaner Ted O’Keefe und dem Deutschen Hans Schmidt ist das Programm der internationalen Revisionistenkonferenz, die am letzten Aprilwochenende im kalifornischen Sacramento stattfinden soll, um zwei prominente Namen erweitert worden. O’Keefe arbeitete bis 1995 zusammen mit dem Tagungskoordinator Mark Weber in der Redaktion des „Journal of Historical Review“. Der 80-jährige Schmidt, ehemaliges Mitglied der Waffen-SS, der auf der Website des Veranstalters als ein „Gigant des Revisionismus“ angekündigt wird, ist Autor einer Reihe antisemitischer Schriften und entzog sich einer Haftstrafe wegen Volksverhetzung in Deutschland 1996 erst durch die Flucht in die USA. Die Konferenz ist dem in Kanada inhaftierten Ernst Zündel gewidmet und wird vom australischen Adelaide Institute und dem European American Culture Council organisiert.

Verschiedene Quellen berichteten derweil auch über die geplante Teilnahme von Stormfront-Mitgliedern an der Konferenz. Entsprechende Gespräche werden vom Veranstalter im Internet bestätigt. Die „white-power“-Organisation tritt ebenso wie das „Institute for Historical Review“ und das Sprachrohr der National Alliance, „Vanguard News Network“, als Unterstützer der Veranstaltung auf. Als Teilnehmer werden einschlägig bekannte Holocaust-Leugner wie Fredrick Toben, Paul Fromm, Germar Rudolf, Gerhoch Reisegger oder der David Duke-Vertraute Stan Hess erwartet (BnR 2/04). Gespannt sein dürfen die Gäste auch auf den israelischen Verschwörungstheoretiker Barry Chamish.

Während „Stargast“ Horst Mahler dem Adelaide Institute sein Kommen bestätigte, wurde nach Tomislav Sunic auch der polnische Historiker Dariusz Ratajczak von der Rednerliste gestrichen. Der Kroat-Sunic zog, wie der „Informationsdienst gegen Rechtsextremismus“ (IDGR) unlängst berichte, seine Zusage nach dem Regierungswechsel in seinem Heimatland zurück, da er sich dort Hoffnungen auf einen Kabinettsposten macht. Ratajczak wurde die Einreise in die USA aufgrund der von den amerikanischen Behörden vorgenommenen Einstufung als „gefährliche Person“ verweigert. Michael Funk

Ausland

Stabiles Potenzial

Die französische extreme Rechte stagniert bei Wahlen auf hohem Niveau. Im Elsass liegt sie bei 27 Prozent.

Am 21. und 28. März dieses Jahres wurden sämtliche französischen Regionalparlamente neu gewählt. Dabei gilt das Verhältniswahlrecht; nur eine Partei, die im ersten Wahlgang zehn Prozent erhalten hat, kann an der Verteilung der Sitze im zweiten Durchgang teilnehmen. Dabei hat die extreme Rechte es fast überall geschafft, die Zehn-Prozent-Hürde zu nehmen. Künftig wird der rechts-extreme Front National (FN) in 17 Regionen erneut parlamentarisch vertreten sein. Freilich hatte er in keinem einzigen Fall nach dem ersten Wahlgang auch nur halbwegs realistische Chancen, die Regionalregierung zu übernehmen. Im zweiten Wahlgang holte der FN im Landesdurchschnitt 12,6 Prozent der Wählerstimmen.

Befürchtet worden war, dass die Terrorangst – unter anderem nach den blutigen Attentaten von Madrid – der extremen Rechten zugute kommen könnte. In der Woche vor der Wahl stieß eine bisher unbekannte Gruppe der „Diener Allahs des Mächtigen und Weisen“ briefliche Drohungen gegen Frankreich aus. Diese Trittbrettfahrer, die sich fünf Tage nach den Terroranschlägen in Spanien zu Wort meldeten, sind nach inzwischen gereifter Ansicht der Ermittlungsbehörden im rechtsextremen Bereich anzusiedeln. Tatsächlich ähneln viele der in dem Schreiben benutzten Formulierungen solchen, die in vorangegangenen rund 30 Drohbrieffen an lokale und regionale Behörden auftauchen, die aus dem rechtsextremen Bereich stammen.

Die extreme Rechte erhielt am ersten Wahlsonntag am 21. März frankreichweit 16,5 Prozent der Stimmen. Davon entfallen knapp 15 Prozent auf den Front National (FN) von Jean-Marie Le Pen und der Rest auf den MNR sowie auf rechtsextreme Regionalisten, die vor allem im Elsass gut abschnitten. Dort erzielte der FN 18,5 Prozent, während die Liste Alsace d'abord (Elsass zuerst) des früheren FN-Abgeordneten in der Nationalversammlung Robert Spieler weitere 9,5 Prozent erhielt und damit den Einzug in das Regionalparlament knapp verfehlt hat. Damit bleibt die extreme Rechte im Elsass, mit insgesamt 27 Prozent, auf einem ihrer

höchsten Pegelstände in ganz Frankreich. Was rechnerisch zusammenpasst, ging freilich politisch nicht völlig zusammen: Der ausgetretene FN-Funktionär Robert Spieler weigerte sich, zur Unterstützung der FN-Liste in der Stichwahl aufzurufen. Das liegt daran, dass die „Identität“, auf welche die beiden Varianten der extremen Rechten sich jeweils ideologisch beziehen, unterschiedlich definiert wird. Beim FN ist sie vorwiegend national, während Alsace d'abord sich daneben auch auf die Region und auf Europa positiv bezieht.

In der südostfranzösischen Region PACA (Provence – Alpes – Côte d'Azur) schnitt die extreme Rechte den Erwartungen entsprechend stark ab. Zwar liegen die Ergebnisse des FN, wie seit langen Jahren in Südostfrankreich – wo viele ehemalige Pieds noirs (Algerienfranzosen) angesiedelt wurden – üblich, deutlich über dem Landesdurchschnitt. Jedoch lag die Partei hier schwächer als bei den Regionalparlamentswahlen 1998 (26,5 Prozent) und auch bei den Präsidentschaftswahlen 2002 (gut 23 Prozent im ersten, aber über 27 Prozent im zweiten Wahlgang). Die FN-Liste unter Guy Macary, der anstelle von Parteichef Jean-Marie Le Pen die Spitzenkandidatur übernommen hatte, erhielt 22,95 Prozent. Hinzuzurechnen sind 2,94 Prozent für den MNR, der in dieser Region sein höchstes Ergebnis überhaupt erhielt.

Andere hohe Wahlergebnisse des FN finden sich in den nordfranzösischen industriellen Krisenregionen Nord-Pas de Calais (17,95 Prozent, zuzüglich 1,2 Prozent für den MNR) und Picardie (22,9 Prozent, ohne Konkurrenz durch den MNR).

Dagegen lag die extreme Rechte mit der Hoffnungsträgerin Marine Le Pen in der Ile-de-France, dem Großraum Paris, unter dem Durchschnitt. Der FN mit seiner Spitzenkandidatin erhielt 12,2 Prozent und der MNR 1,1 Prozent. Vor sechs Jahren erzielte der (noch ungespaltene) FN in derselben Region 16,3 Prozent. Wahrscheinlich litt der FN unter der Rivalität zwischen zwei Kandidaten innerhalb des konservativen Spektrums. Neben dem „offiziellen“ Kandidaten der bürgerlichen Rechten für die Regionalpräsidentschaft, dem Pariser Regierungssprecher Jean-François Copé, trat auch der Christdemokrat André Santini als vermeintlich regierungskritische, innerrechte Alternative an. Er scheiterte zwar mit nur 16 Prozent, aber er konnte sicherlich manche Wähler anziehen, die gleichzeitig rechts und – auf diffuse Weise – gegen die Regierung stimmen wollten. *Bernhard Schmid*

Aktivitäten**„Staatsvertreter“**

Diverse rechtsextreme Vereinigungen wollen an der Spitze eines weiter existierenden Deutschen Reiches stehen.

Wer die Nachfolge Johannes Raus als Bundespräsident einnehmen wird, ist für manche rechtsextreme Kreise völlig nebensächlich. Diese gehen nämlich ohnehin davon aus, dass das „Deutsche Reich“ 1945 nicht untergegangen ist. Weil es nie einen Friedenvertrag mit den Alliierten gegeben habe, existiert für sie das Deutsche Reich weiter.

Oberster Kämpfer zur „Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches“ ist der aggressive Antisemit Horst Mahler. Mahlers Auffassung zufolge ist die Bundesrepublik „kein Staat, sondern nur die ‘Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft’“ („OMF-BRD“). Er droht in der jüngst erschienenen Erstausgabe seines „Reichsbürgerbriefes“, dem „Organ des Allgemeinen Volksaufstandes der Deutschen“, dass die „Kollaboration mit der Feindmacht“ als „Verbrechen nach Reichsrecht zu ahnden“ sei.

In das gleiche Horn posaunt der Freie Nationalist Gerd Ittner aus Zirndorf, wie Mahler zuvor Mitglied der NPD. Ittner, „Sachwalter des Deutschen Reiches“, diffamiert die Bundesrepublik als „völkerrechtswidriges und somit illegales, reichsverfassungsfeindliches und gegen deutsche Interessen gerichtetes Besatzerkonstrukt auf der Grundlage des Menschheits- und barbarischsten Justizverbrechens aller Zeiten: der ‘Nürnberger Prozesse’“. Die sich jetzt „noch so überheblich sicher fühlenden, sich vorsätzlich gegen die Interessen von Volk und Reich vergehenden ‘BRD’-Regime-Verbrecher“ will Ittner spätestens im nächsten Jahr „samt und sonders nach geltendem Reichsrecht als Hochverräter“ vor den „Gerichten des legitimierten DEUTSCHEN REICHES“ anklagen, sofern sie noch nicht „bereits als rechtskräftig verurteilte Hochverräter hingerichtet“ worden seien.

Weggefährte von Ittner ist der Freie Nationalist Christian Bärthel (Gotha). Bärthel, Kader des neonazistischen „Bündnis für Thüringen“, hat im Februar einen Offenen Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Gera geschrieben. Dieser hatte zuvor bei einer öffentlichen Diskussion zum Thema

„Armes Deutschland“ einen „reichstreuen“ Flugblattverteiler des Saales verwiesen. Damit, so Bärthel, handelte der Oberbürgermeister gegen die Wiedererlangung der „Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches“. Falls er sich nicht bei der betreffenden Person entschuldige, stellt dies für Bärthel ein „bewusstes Handeln für eine illegale Diktatur“ dar, die gegen „Reichsrecht“ verstoße.

Als Reichsbürger versteht sich auch Enrico Schulz, Mitbegründer der Vereinigung „Reichsdeutsche in Preußisch Börnecke“. Schulz erzielte bei der Wahl zum Amt des Bürgermeisters am 19. Oktober 2003 in Groß Börnecke (Sachsen-Anhalt) 4,4 Prozent der Stimmen. Ziel der Vereinigung ist „ein freies und unabhängiges Deutschland mit dem Namen ‘Deutsches Reich’, in dem die Wirtschaft wieder dem Volke dient und die ausländischen Eroberer rausgeworfen und ihre inländischen Türöffner ins Gefängnis geworfen werden.“ Unter der Postfachadresse der „Reichsdeutschen“ in Stassfurt firmierte bis zum 1. August vergangenen Jahres der NPD-Kreisverband Aschersleben-Stassfurt. Er wurde von seinen Mitgliedern aufgelöst, da die „NPD längst Teil des BRD-Systems“ sei.

Für Schlagzeilen sorgte in den letzten Monaten immer wieder die „Kommissarische Regierung Deutsches Reich“ unter der Führung des „Reichskanzlers“ und „Reichspräsidenten“ Gerhard Ebel (Berlin). Ausgestellt werden von ihr unter anderem Pässe, Führerscheine, Nummernschilder und Baugenehmigungen mit Dienstsiegel und Unterschrift. Auch an den Aufbau einer „Ermittlungsbehörde für Landes- und Hochverrat“ haben die Kameraden gedacht.

Als „Staat in der Wartestellung“ versteht sich der „Freistaat Preußen“. Dessen Vorsitzender Rigolf Hennig will das Deutsche Reich rechtskräftig vertreten, da es daran „widerrechtlich“ gehindert werde. Noch in den Startlöchern befindet sich die „Gründungsinitiative Deutsche Nationalversammlung“ von Bernhard Heldt (Berlin), Unterzeichner des „Appells des Komitees ‘Freiheit für Horst Mahler, Reinhold Oberlercher und Uwe Meenen’“.

Einer der vor solch obskuren Köpfen warnt, ist Konrad Hoffmann. Der Rechtsanwalt ist selbst langjähriger Präsident und notverfassungsgemäß amtierendes Staatsoberhaupt der „Vereinigten Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich“. In seiner Exilregierung ist kein Platz mehr für weitere Sachwalter des Deutschen Reiches. *Anton Maegerle*

Aktivitäten**„Gegengewicht“**

Die „Konservative Deutsche Zeitung“ attackiert „Sprachenpanscher“, „Morgenthauleute“ und Gewerkschaften.

Seit über einem Jahr bereichern die Deutschen Konservativen die rechte Szene mit einem neuen Blättchen, der „Konservativen Deutschen Zeitung“. Nach eigenen Angaben hat die mittlerweile monatlich erscheinende Zeitung, die ein „kleines Gegengewicht zur linken Medien-Mafia“ sein will, bereits eine Auflage von 40 000 Exemplaren bei etwa 100 000 Lesern. Kopf des Blattes ist der wegen Volksverhetzung vorbestrafte Vorsitzende der Deutschen Konservativen, Joachim Siegerist. Als ständige Mitarbeiter der Zeitung fungieren unter anderem Heinrich Lummer, Ehrenpräsident der Deutschen Konservativen, Peter Helmes, ehemaliger Hauptgeschäftsführer der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung und Jörg Haiders „Mann für's Grobe“ Andreas Mölzer.

Ob es gegen „Sprachenpanscher“, „Überfremdung“ oder um die „Entwurzelung aller Werte“ durch Harry Potter geht: im Blatt wird die gesamte Palette an rechten Stereotypen geboten. Dabei bedient man sich des Boulevard-Stils mit großen Überschriften wie etwa „Selbst am heiligen Annaberg klauen Polen deutsche Autos“.

In der ersten Ausgabe versuchte man sich mit einer Kampagne gegen die Gewerkschaften und legte die „Gehälter von insgesamt 84 DGB-Bossen“ offen. Unter dem Titel „So blasen wir dem DGB den Marsch“ werden die Leser dazu aufgefordert, bei Gewerkschafts-Chef Michael Sommer in Berlin anzurufen.

Auch die Verfassungsschutzbehörden geraten ins Visier der Deutschen Konservativen: Einem Mitarbeiter des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes werden „Antifa-Verbindungen“ vorgeworfen. Autor des Artikels ist Dieter Stein, Chefredakteur der „Jungen Freiheit“. Hans-Helmuth Knütter hat einen Kommentar dazu beige-steuert, in dem er den Verfassungsschutz eine „Gefahr für die Grundwerte“ nennt, da er nun „linksextrem beeinflusst“ sei. Er fordert „aktiven Widerstand“, der „noch“ über einen „Rechtskampf“ aussichtsreich sei. Ausgerechnet der „Ausgang des NPD-Verbots-

prozesses“ und die „Erkämpfung der Demonstrationstheorie vor dem Bundesverfassungsgericht“ würden dies beweisen.

Dass man mit der Demokratie grundsätzlich Probleme hat, wird in einem Kommentar des Berliner Politologen Bernd Rabehl in einer weiteren Ausgabe deutlich: Es gelang „den Siegermächten, das deutsche Volk mit einer historischen Schuld auszustatten“, heißt es dort. „Dadurch verlor es immer stärker die Selbstachtung und mit ihr die nationale Identität. (...) Die Festlegung auf eine Parteien-demokratie ersetzte alle anderen traditionellen Demokratieformen und schuf eine Massendemokratie, in der die Eliten über Regierung, Staat und Parteispitzen sich sehr schnell in Oligarchien verselbstständigen konnten.“ Und er fragt: „Steuert Deutschland auf eine demokratisch inszenierte Diktatur?“

■ Opfer der „Meinungs-Diktatur“ ■

Thema ist natürlich auch der Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann, den man für ein Opfer der „Meinungs-Diktatur“ hält. Rabehl glaubt, dass die „Morgenthauleute der neuen Generation in Deutschland bereits eine gewaltige Einschüchterungskraft“ haben und Heinrich Lummer empört sich darüber, dass „ein Herr Friedman sich über den christlichen Oster- und Kreuzesglauben abfällig äußert, ohne dass dies eine nennenswerte Reaktion erfährt“. Ein Leserbriefschreiber hält eine Verschwörung von im DGB organisierten CDU-Abgeordneten gegen Hohmann für möglich, da der am Artikel über die „verschwundenen Millionen der DGB-Bosse“ beteiligt war.

Antisemitische Stereotype findet man zuhauf: Ob unter der Überschrift: „1000 Holocaust-Denkmäler – aber nicht eines für Vertriebene!“ Geld für ein Denkmal für die „15 Millionen deutschen Vertriebenen“ gesammelt wird, das auf einem Privatgrundstück gebaut werden soll („und danach eines für die vielen deutschen Bombenopfer“) oder man etwa die Bestellung von Paul Bremer als „Amerikaner jüdischer Abstammung“ an die Spitze der Zivilverwaltung im Irak den „größten Unfug, den man überhaupt begehen kann“ und eine „absichtliche Demütigung“ nennt. Dementsprechend fällt auch die Kritik an Hohmanns Rede aus: der hätte anstatt über den Einfluss der Juden auf die Bolschewisten lieber über die Ähnlichkeit der israelischen Politik zur NS-Ideologie des „Volkes ohne Raum“ reden sollen, heißt es.

Daniel Kilpert

Am Rande**Tierischer Holocaust**

Die Organisation PETA trivialisiert mit ihrer Kampagne den Massenmord in den Konzentrationslagern der Nazis.

Ein Foto zeigt abgemagerte Kinder in Häftlingskleidung hinter Stacheldraht; gleich daneben Ferkel eingesperrt auf engstem Raum. Unter dem Titel „Wandelnde Skelette“ sieht man nackte Menschen mit aufgedunsenen Hungerbäuchen neben einem unterernährten Kälbchen, das sich vor Schwäche nur noch mühsam auf den Beinen halten kann. Dann ein Bild von Häftlingen in den Lagerbaracken, aufgestapelt wie Ware, dicht an dicht auf schmutzigen Pritschen, und rechts daneben die nicht enden wollenden Käfigreihen in den Legebatterien. Die Aussage des schockierenden Bildvergleichs, mit dem PETA seit März in Deutschland für Aufsehen sorgt, ist eindeutig: Das, was täglich in den Tierfabriken und Schlachthäusern stattfindet, ist der Holocaust der Tiere.

Unter dem Titel „Der Holocaust auf ihrem Teller“ tourt die „Plakataktion“ durch Europa. In Deutschland hat der Zentralrat der Juden mit einer Einstweiligen Verfügung erwirkt, dass sieben der acht Motive nicht mehr gezeigt werden dürfen. Die Kampagne habe eine „Schamgrenze“ überschritten und verunglimpfe Opfer und Überlebende des Holocaust, begründete Paul Spiegel die ablehnende Haltung in der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung“: „Auch wir sind für Tierschutz. Aber hier wird der Holocaust relativiert, die Opfer werden entwürdigt, um Aufmerksamkeit zu erregen.“

Die massive Kritik stößt bei PETA auf taube Ohren. Die Organisation will Rechtsmittel einlegen, obwohl die Stuttgarter Staatsanwaltschaft zurzeit von Amts wegen ermittelt, ob die im Internet verbreiteten Bilder den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen. Der Gipfel der Ignoranz ist in einer Pressemitteilung der Organisation vom 23. März, in der PETA-Sprecher Harald Ullmann den jüdischen Repräsentanten mangelhaftes Reflexionsvermögen vorwirft: „Es ist traurig, dass Paul Spiegel und der Zentralrat der Juden ganz klar darin versagen, aus dem Holocaust die Lehre zu ziehen, die vielleicht die wichtigste ist – dass alle Ausreden, die wir ersinnen, um Grausamkeiten zu ignorieren und rechtfertigen, nur das sind, nämlich Ausreden.“

Dass die Tierrechtler mit der Kampagne der Trivialisierung des Holocausts im Land der Täter Vorschub leisten, bestreitet Ullman. „Die Opfer sind ausgetauscht worden. Früher waren es die Juden, fahrendes Volk und heute sind es Tiere“, plauderte der 48-Jährige kürzlich in Köln während einer Diskussionsveranstaltung zum „KZ-Vergleich“ munter drauf los. Wie historisch unbedarft der studierte Anglist ist, offenbarte er auch gegenüber dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Befragt, warum PETA den Beginn des Holocaust mit 1938 festschreibe, zuckte er mit den Schultern. Die Zahl habe er von der amerikanischen PETA-Zentrale in Norfolk (Virginia) erhalten.

Die PETA-Devise lautet: Erlaubt ist alles, was Aufmerksamkeit erregt, schockiert und Publicity bringt. Auf historische „Feinheiten“ wird keine Rücksicht genommen. Da wird schon mal das größte Verbrechen in der Menschheit aus dem historischen Kontext gerissen und als Aufhänger für eine Werbekampagne benutzt. Berühmt geworden ist die weltweit 800 000 Mitglieder zählende Organisation mit Anti-Pelz-Kampagnen, in denen Supermodels und andere Prominente reichlich nackte Haut zeigten: Pamela Anderson, Nina Hagen, Naomi Campbell.

Flankenschutz erhält PETA von Helmut F. Kaplan („Leichenschmaus. Ethische Gründe für die vegetarische Ernährung“). Der österreichische Philosoph, der vor Jahren als smarter und eloquenter Anwalt für die Rechte der Tiere durch die Talkshows tourte, verhedderte sich zuletzt immer mehr in unsinnigen Vergleichen, der eigenen Rhetorik und seiner Funktion als Sprecher zahlreicher Tierschutzorganisationen. Der Autor gilt, zumindest im deutschen Sprachraum, als einer der offensivsten Verfechter des so genannten KZ-Vergleichs. Um zu erkennen, dass die Grausamkeiten, die Tieren angetan würden, so Kaplan in seinem Beitrag „Tiere und Juden oder die Kunst der Verdrängung“, exakt dem Holocaust der Nazis entsprächen, bräuhete man „nur Berichte über Menschenversuche in KZ's und Berichte über heutige Tierversuche anzuschauen. Dann fällt es einem wie Schuppen von den Augen: Die Parallelen sind lückenlos, die Berichte sind austauschbar. Alles, was die Nazis den Juden angetan haben, praktizieren wir heute mit Tieren!“

Zumindest die Resonanz auf die PETA-Kampagne in den Medien war verheerend. „Der Spiegel“ brachte die Kritik auf den Punkt: „Eine Front aus 'FAZ', 'taz' und 'Kraut und Rüben'. Sie haben es weit gebracht.“

Volker Stahl

NS-Vergangenheit**Hilferufe abgewehrt****Die Auschwitz-Häftlinge hofften vergeblich auf die Bombardierung des Lagers.**

Es gibt in diesem Jahr viele „runde“ Daten, die mit der NS-Zeit zusammenhängen, darunter auch weniger spektakuläre Ereignisse. Dazu gehört der 14. April 1944. Für die Gefangenen in Auschwitz war dies ein Tag der Hoffnung. Es schien in Erfüllung zu gehen, worum Funktionäre des Widerstands im Lager seit vielen Monaten gebeten hatten. Bombardiert Auschwitz, stoppt den Massenmord! Die Hilferufe kamen aus dem Stammlager Auschwitz I, gemeint war selbstverständlich in erster Linie das Vernichtungslager Auschwitz II, also Birkenau. Denn dort standen die Gaskammern und Krematorien. Doch London, wohin die Bitten heimlich gefunkt worden waren, schwieg.

Am 14. April 1944 tauchten am strahlend blauen Sommerhimmel über Auschwitz I erstmals große US-Flugzeuge auf. Sie flogen allerdings weiter gen Osten. Dort kreisten sie länger über Auschwitz III, einer riesigen Ansammlung von Industriebetrieben. Die polnische Historikerin und Auschwitzbiografin Danuta Czech notiert in ihrem „Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939 – 1945“, das 1989 im Rowohlt-Verlag in Deutsch erschienen ist: „Zum ersten Mal macht die alliierte Luftaufklärung in einer Höhe von 15 000 bis 20 000 Fuß, ungefähr 5000 bis 7000 Meter, über Auschwitz Luftbildaufnahmen. Auf den Fotografien (sie wurden 1979 freigegeben, d.V.) sind unter anderem das KL Auschwitz I zu sehen, die Stadt Auschwitz, das Gelände der IG-Farbenwerke, Werk Auschwitz/OS, und das KL Auschwitz III. Die Alliierten sind daran interessiert, Produktionsanlagen der Petrochemischen Industrie zu zerstören, die für die Kriegswirtschaft des Dritten Reiches arbeiten, daher das Interesse an den IG-Farbenwerken.“

Am 12. Mai folgte die erste Bomberflotte, die ihre Last über Auschwitz III abwarf. Damit hatten die Westalliierten ihren „Ölkrieg“ eröffnet. Es ging nun darum, die deutsche Treibstoffindustrie lahm zu legen. In Auschwitz III ging die Produktion dennoch weiter bis zur Befreiung Ende Januar 1945.

Sowohl in London als auch in Washington ist mehrfach das Für und Wider solcher Angriffe erörtert

worden. Die Befürworter wurden stets mit „Argumenten“ abgefertigt, die falsch waren, was aber nur höchste Regierungskreise wissen konnten. Zuerst hieß es, die Entfernung sei zu groß. Dann wurde argumentiert, bei Angriffen könnten Häftlinge umkommen. Als drittes „Argument“ wurde angeführt, es gebe keine Freiwilligen für so gefährliche Einsätze. Es folgten: man könne nicht so genau zielen, um die Gaskammern zu treffen. Schließlich wurden die Hilferufe damit abgewehrt, es gebe zu wenige Flugzeuge. Außerdem würden mit dem Sieg über das „Dritte Reich“ auch die Juden gerettet.

Zu eins: Spätestens seit der Befreiung Italiens war es leicht möglich, von dort nach Auschwitz und zurück zu fliegen. Dass auch sie in Gefahr geraten könnten, wussten die Häftlinge selbstverständlich selbst. Als im Sommer 1979 die Auschwitz-Dokumente vom Pentagon freigegeben wurden, habe ich rund um Washington sowie in anderen Regionen mit ehemaligen Piloten gesprochen, die übereinstimmend erklärten, sie wären sofort gestartet, hätte man ihnen gesagt, was Auschwitz sei. Unter diesen Piloten hatte einer einen Orden dafür bekommen, dass er über Wilhelmshaven Bomben in die Luftschächte von U-Boot-Bunkern geworfen hat. Zu den Gesprächspartnern gehörte auch der US-Luftwaffengeneral a.D. Ira Eaker, dem eine ganze Luftflotte in Norditalien unterstand. Von diesen Maschinen ist nicht eine einzige aufgestiegen. Es fehlte also auch nicht an Bombern.

Nach der Befreiung ist oft gefragt worden, warum Großbritannien und die USA Auschwitz nicht bombardiert haben, obwohl zum Beispiel General Eaker persönlich dem Kriegsministerium in Washington dringend nahe gelegt hat, solche Angriffe zu fliegen – freilich nicht auf das Vernichtungslager Birkenau, sondern auf die Industriebetriebe. Die zentrale Rolle in der Verweigerungsfront dürfte ein Mann gespielt haben, der sich nach der Befreiung als Freund der Bundesrepublik großer Beliebtheit erfreuen durfte: US-Hochkommissar John J. McCloy. Als Unterstaatssekretär im US-Kriegsministerium war er der höchste Zivilbeamte im Pentagon mit großem Einfluss. Ohne seine Zustimmung sei nichts gelaufen, hieß es in dem Ministerium. Seine Macht ging so weit, dass er bestimmen konnte, welche deutsche Stadt nicht bombardiert werden durfte. McCloy war selbstverständlich kein Nazi, aber ein Freund der Juden war er auch nicht. Weil er sich bis zu seinem Tod nicht zu diesem Thema geäußert hat, bleibt der Vorwurf an ihm hängen.

Heiner Lichtenstein

Demokratische Initiativen**Ideologie zerbröseln****Rechte Jugendliche mit Widersprüchen in ihrem Weltbild konfrontieren.**

In der Jugendarbeit ist schon viel erprobt worden, um rechts orientierte Jugendliche zu erreichen und ihnen einen Ausstieg aus der „Szene“ zu erleichtern beziehungsweise dafür zu sorgen, dass sie kein festes rechtsextremistisches Weltbild verinnerlichen. Ein relativ neues sozialpädagogisches Konzept ist die „subversive Verunsicherungspädagogik“, die der Hamburger Eckart Osborg von der Hochschule für Angewandte Wissenschaften im Rahmen eines fünfjährigen Forschungsprojektes mit rechts orientierten Jugendlichen entwickelt hat.

Mitte März stellte Osborg seinen Ansatz bei einer Veranstaltung vor, die das Berliner Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung mit der Volkshochschule Trepow-Köpenick organisiert hatte. Das Thema zog 110 Teilnehmer in den Festsaal des Rathauses, darunter Lehrer, Schüler, Sozialpädagogen und Polizisten. In seinem Vortrag stellte der Wissenschaftler klar, dass die subversive Verunsicherungspädagogik andere erprobte Konzepte in der Arbeit mit rechts orientierten Jugendlichen nicht ersetzen, sondern ergänzen solle. Anders als etwa die „akzeptierende Sozialarbeit“ knüpft die subversive Verunsicherungspädagogik an die politischen Wertesysteme an, die die rechten Jugendlichen vertreten.

„Gewaltprävention allein hat keine Aussicht auf Erfolg, wenn in die Arbeit mit den Jugendlichen nicht der politische Hintergrund einbezogen wird, denn die Durchsetzung rechter Ideologie ist untrennbar mit Gewalt verbunden“, führte Osborg aus. In seinem Konzept geht es darum, die Diskussion mit den Jugendlichen über ihre Gesinnung nicht abzublocken oder zu werten, sondern Fragen zu stellen – Fragen, die die Widersprüche im rechten Weltbild der jungen Menschen aufdecken. „Indem der Jugendliche versucht, sein Gegenüber von seinen Ansichten zu überzeugen, offenbart er sein Denken und seine eigenen Widersprüche.“

Osborg veranschaulichte sein Konzept mit einer Vielzahl kürzerer Filmsequenzen, die Gesprächssituationen zwischen rechts orientierten Jugendlichen und Sozialpädagogen in der Praxis zeigten. Diese Beispiele illustrierten die verschiedenen

Techniken in der Gesprächsführung nach dem Muster der subversiven Verunsicherungspädagogik. So begegnen die Pädagogen den Jugendlichen durchaus mit Wohlwollen und Achtung, jedoch ohne jede Akzeptanz ihrer politischen Einstellung. In der Diskussion wechseln die Experten gezielt zwischen Sach- und Beziehungsebene, um die Jugendlichen aus der Reserve zu locken oder sie auf ihre Widersprüche aufmerksam zu machen.

Osborg führte ein einfaches Beispiel an: „Die Jugendlichen vertreten ungeprüft das Klischee vom ‘fleißigen Deutschen’. In der Praxis gibt es viele, die selbst Jobs ablehnen, weil sie ihnen zu anstrengend sind oder sie dafür früh aufstehen müssen. Unsere Aufgabe ist es, sie so weit zu bringen, dass sie diesen Widerspruch selbst wahrnehmen.“ Wichtig sei es ebenfalls, dass sich Jugendarbeiter oder Sozialpädagogen nicht schockieren ließen. Der moralische Tabubruch müsse gedanklich mitvollzogen werden, um die Jugendlichen anschließend mit den Konsequenzen ihrer – potenziellen – Handlungen zu konfrontieren.

„Wenn Jugendliche etwa vortragen, alle Ausländer sollten ausgewiesen werden, dann ergibt sich ein Ansatzpunkt, sie aus der Reserve zu locken“, so Osborg. Durch gezieltes Nachfragen würden sie gezwungen, sich vorzustellen, welche Folgen ihr jeweiliges Handeln hätte – bis hin zu ihrer möglichen Inhaftierung. Die Pädagogen sollten in dieser Arbeit vor allem keine Antworten geben, mit denen die Jugendlichen rechneten, sondern sie durch unerwartete Reaktionen aus der Reserve locken.

Olzogs Konzept basiert auf der Annahme, dass rechts orientierte Jugendliche – anders als oft behauptet – ihr politisches Weltbild nicht als provokante Auflehnung gegen das Wertesystem der Mehrheitsgesellschaft setzen. „Es handelt sich nicht um eine pubertäre Rebellion, die die Auseinandersetzung mit der Erwachsenenwelt sucht.“ So orientierten sich diese Jugendlichen letztlich an – rechtsextremen – Erwachsenen, denen sie sich uneingeschränkt unterwerfen würden. Beim Konzept der subversiven Verunsicherungspädagogik geht es folgerichtig darum, die Jugendlichen für eine offene Auseinandersetzung wie auch für pubertäre Entwicklungs- und Ablösungsprozesse zu öffnen. Ziel sei es, so der Wissenschaftler, die rechte Rechtfertigungsideologie zu „zerbröseln“, indem die Jugendlichen in der Auseinandersetzung mit der Widersprüchlichkeit und Lückenhaftigkeit ihres Weltbildes konfrontiert würden.

Gudrun Giese

Bücherschau

Lebendige Geschichte

Der CDU-Politiker Heinrich Lübke war der zweite Präsident der Bundesrepublik und gewiss nicht der beste. Wie blamabel er sich gelegentlich verhielt, daran erinnert der erste Botschafter Israels in der Bundesrepublik, Asher Ben-Natan, in seinen kürzlich erschienenen Erinnerungen. Am 10. Juni 1959 wurde er zu einem Gespräch mit Bundespräsident Lübke „beordert“. Der beschwerte sich bei Ben-Natan, „dass die israelischen Zeitungen die Deutschen angreifen und beleidigen, obwohl diese soviel Geld an Israel zahlen“ – das Zitat stammt aus dem Buch von Ben-Natan. Der Diplomat stellte richtig, die Wiedergutmachungszahlungen an den Staat Israel seien längst abgeschlossen. Darauf Lübke: trotzdem fließt immer noch viel Geld aus Deutschland nach Israel. Ben-Natan machte ausführlich klar, es handle sich um individuelle Zahlungen an NS-Opfer – völlig gleichgültig, ob die Überlebenden in Israel oder anderswo lebten. Lübke ließ sich nicht belehren. Es kam zu einem kleinen Eklat, an dessen Ende Regierungssprecher Karl-Günther von Hase nur noch ratlos stöhnen konnte: „Was soll ich denn nur machen.“

Ben-Natan erzählt das nicht etwa überheblich. Er innert sich plaudernd an diese und viele andere Begebenheiten seines ereignisreichen Lebens und das ist ein Grund, weshalb es Freude macht, die gut 300 Seiten zu lesen. Für Deutschland sind selbstverständlich die Jahre 1965 bis 1969 besonders spannend, in denen Ben-Natan Botschafter in Bonn war. Es war Bundeskanzler Ludwig Erhard, der 1965 entschied, diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen – eine überfällige Entscheidung, vor der sich Erhards Vorgänger Konrad Adenauer gedrückt hatte. Damals gab es in vielen deutschen Zeitungen Fotos von Ben-Natan, einem blonden blauäugigen Hünen, und Rolf Pauls, dem ersten Botschafter der BRD in Israel, der klein und schwarzhaarig war.

Asher Ben-Natan wurde am 15. Februar 1921 als Artur Piernikarz in Wien geboren. 1938 wanderte er nach Palästina aus, arbeitete dort bei der Jewish Agency und war ein Jahr lang Mitarbeiter im Kabinett von Ministerpräsident David Ben-Gurion. Ausführlich schildert Ben-Natan, wie er half, NS-Verbrecher aufzuspüren. Er nennt sie „Kriegsverbrecher“, aber sie waren NS-Verbrecher. Das ist ein

großer Unterschied, der dem Lektor hätte auffallen müssen. Kriegsverbrechen waren bereits damals längst verjährt. Es ging und geht bis heute nur um NS-Verbrecher. Warum Ben-Natan nicht schreibt, wer unter anderem mit seiner Hilfe enttarnt werden konnte, ist freilich schwer zu verstehen. Das ist ein bedauerlicher Mangel in den sonst so lebenswerten Erinnerungen eines wichtigen israelischen Politikers, Diplomaten und Organisators.

Ben-Natan gehörte zu den Israelis, die der jungen Armee halfen, sich modern auszurüsten – eine Grundlage für die Sicherheit des neuen Staates. Im Rückblick gibt Ben-Natan etliche Details preis, die er bislang, gutem diplomatischen Brauch folgend, für sich behalten hatte. Das gilt nicht zuletzt für seine offene Bewertung wichtiger deutscher Politiker. Kurt Schumacher und Herbert Wehner kommen besonders gut weg. Wehner nennt er einen „Brückenbauer“ der bilateralen Beziehungen. Auch der CDU-Spitzenmann Rainer Barzel wird gelobt, während die FDP sich gegenüber Israel „sehr bedeckt“ hielt. Erich Mende, den ewigen Ritterkreuzträger, hat Ben-Natan so in Erinnerung: „Einmal hat mir Erich Mende vom rechten Flügel der FDP erklärt, dass es an der Zeit sei, eine neue Seite aufzuschlagen, da man die Deutschen nun nicht mehr für die Verbrechen der Vergangenheit verantwortlich machen könne. Mit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen seien die normalen Zeiten zwischen den beiden Völkern eingeleitet.“ So ein Mann durfte bei Adenauer Vizekanzler sein!

Ben-Natans Bilanz, die er nach vier Jahren in Bonn bei seinem Abschied aus der Bundesrepublik am 31. Dezember 1969 zog, war positiv. Gewiss, es gab und gibt unverändert Antisemiten. „Aber inzwischen war ich mir auch sicher, dass die Deutschen ihre Demokratie ernst nehmen und das gesellschaftliche Gefüge stark genug war, um mit solchen negativen Erscheinungen fertig zu werden.“

Asher Ben-Natan hat ein interessantes, lesenswertes Buch geschrieben, das die Konrad-Adenauer-Stiftung herausgebracht hat. Das gereicht ihr zur Ehre. Anna Bill, verantwortlich für die Übersetzung ins Deutsche, hat diese schwierige Aufgabe gut gemeistert. Der Düsseldorf Droste Verlag hat das Buch in rotes Leinen gebunden. Auch dafür sei ihm gedankt und dem Autor gewünscht, dass er viele Leser findet.

Heiner Lichtenstein

Asher Ben-Natan, Die Chuzpe zu leben. Stationen meines Lebens, Düsseldorf 2003, Droste Verlag, 328 Seiten, 24,90 EUR.

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** – Horst Mahler hält sich vom Schicksal für ausersehen, zumindest die Justizgeschichte umzuschreiben. Wenn die Ermittlungsverfahren wegen Holocaust-Leugnung, die er in seinem zurzeit laufenden Verfahren vor dem Landgericht Berlin sammelt (BnR 6/04), in ein Hauptverfahren gegen ihn münden würden, sieht er ein Ziel erreicht, wie aus einem Brief Mahlers an den „Verein zur Rehabilitation der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten“ hervorgeht: „Es wird gegen ‘eine weltbekannte Person der Zeitgeschichte’ eine öffentliche Hauptverhandlung wegen ‘Leugnung des Holocausts’ geben.“ Damit ergebe sich die Gelegenheit, den Auschwitzprozess wieder aufzurollen und die „Beweise zur Widerlegung der offiziellen Geschichtsschreibung mit einem weltweiten Echo ‘gerichtsnotorisch’ zu machen“. Horst Mahler betont: „Ich bin glücklich, dass das Schicksal mich ausersehen hat, diesen Schlag gegen unsere Feinde zu führen.“ Die „internationale Gemeinde der dem Revisionismus zugerechneten Wissenschaftler“ stehe „Gewehr bei Fuß“, um in das Geschehen einzugreifen.

■ **Berlin** – Immer mehr auf Tauchstation gehen die vor sich hindümpelnden Republikaner, die öffentliches Auftreten zusehends scheuen. Jetzt wurde auch die bisher gleichnamige Parteizeitschrift „Der Republikaner“ diskret in „Zeit für Protest!“, im Untertitel „Die Zeitung für mündige Bürger“, umbenannt.

■ **Berlin/Dortmund** – „Unsere Solidarität gilt dem Widerstand des palästinensischen Volkes gegen den israelischen Kolonialismus“, postuliert Stefan Rochow (27), Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten (JN), in einer Presseerklärung vom 26. März. Der israelischen Regierung wirft Rochow einen „menschenverachtenden, staatsterroristischen Charakter“ vor. Ministerpräsident Sharon wird als „politischer Krimineller“ diffamiert, der einen „Kreuzzug gegen das palästinensische Volk“ führe. Nach der Tötung des Hamas-Führers Scheich Jassin durch israelische Sicherheitskräfte versammelten sich am Dortmunder Bahnhof drei Dutzend Neonazis mit Transparenten wie „Zionistische Unterdrückung bekämpfen!“, „Der Rassismus ist ein Meister aus Israel“ oder „Hoch die internationale Solidarität“.

■ **Bernau** – Der Neonazi Friedhelm Busse (75) will vor dem „Abtreten von dieser ‘Weltbühne’“ noch sein „schriftstellerisches ‘Lebenswerk’“, die „Geschichte der SA“ abschließen. 1000 Seiten habe er bereits zusammen, teilt Busse dem Ehepaar Ursel und Kurt Müller in einem Schreiben aus der „Festung Bernau“ mit. Zwischenzeitlich wurde der schwer kranke Busse in ein Krankenhaus verlegt. Busse ist der Auffassung, dass sein „bedenklicher Gesundheitszustand nicht an die Öffentlichkeit“ dringen solle.

■ **Bielefeld** – Der Neonazi Bernd Stehmann (38) wurde wegen vorsätzlicher Körperverletzung vom Amtsgericht Bielefeld zu einer Geldstrafe in Höhe von 1050 Euro (30 Tagessätze) verurteilt. Stehmann hatte während eines Volksfestes im Mai 2003 einen 17-jährigen Jugendlichen ausländischer Herkunft misshandelt. Stehmann, einst Kader der Kühn-treuen „Gesinnungsgemeinschaft der ‘Neuen Front’“ und später Herausgeber des Skin-Zines „Unsere Welt“, will gegen das Urteil Berufung einlegen.

■ **Birkenwerder** – Bei den brandenburgischen Landtagswahlen am 19. September will eine Bürger- und Wählerinitiative für Brandenburg namens „50 Plus“ antreten. Deren Ziel ist es, die Landtagswahlen „zum Cannae für SPD und CDU“ zu machen, da deren Politik „vor nahezu allen Aufgaben“ versage. Die Stimmung, so heißt es in einer Anzeige in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (25.03.), sei „überreif für einen politischen Erdrutsch.“ Motor von „50 Plus“ ist Hans Werner Müller. Müller war bis 1978 Inlandschef im Bundespresseamt und später Chef der Berliner Republikaner. Unter dem Pseudonym Jan Werner schrieb er das Buch „Die Invasion der Armen“, das dem Verfassungsschutz 1994 im „Zusammenhang mit fremdenfeindlichen Äußerungen“ aufgefallen ist.

■ **Bochum** – Nachdem das Bundesverfassungsgericht in einem Eilverfahren das Verbot eines für den 13. März geplanten Aufmarsches gegen den Bau einer Synagoge in Bochum bestätigt hatte, planen Neonazis nun eine weitere Demonstration am 26. Juni. Diesmal bemühen sich die Initiatoren um ein Demonstrationsmotto, das nicht sofort als antisemitisch erkannt werden soll. Auf einer bereits für die März-Demonstration eingerichteten Internetseite wird nun eine „Demonstration der nationalen Opposition gegen Steuergeldverschwendung“ annonciert. Auf der Seite des „Wattenscheider Widerstands“ heißt es schon deutlicher: „Keine Steu-

ergelder für den Synagogenbau“. Als Veranstalter des Aufmarsches wird auch diesmal der NPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen, unterstützt durch „freie Kräfte“, genannt.

■ **Dresden** – Das partei- und organisationsübergreifende Nationale Bündnis Dresden will am 13. Juni an den Dresdner Stadtratswahlen teilnehmen. Auf seiner Versammlung am 11. März hat das Bündnis 36 Kandidaten in 13 Wahlkreisen aufgestellt. Unter den Kandidaten im Alter zwischen 18 und 73 Jahren sind unter anderem acht Vertreter der NPD (so Holger Apfel, NPD-Bundesvize) und jeweils drei Vertreter der DVU, Deutschen Partei (Günter Stange, DP-Landesvize) und Republikaner (Harry Baar, stellvertretender REP-Landesvorsitzender). Kandidat ist ferner Alexander Kleber von der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen.

■ **Gladenbach** – Zum dritten Mal in diesem Jahr wollen Neonazis am 17. April einen Versuch starten, in dem mittelhessischen Städtchen Gladenbach aufzumarschieren. Zuletzt hatten sie am 21. Februar unverrichteter Dinge wieder abziehen müssen, da die Polizei Zusammenstöße mit Gegendemonstranten befürchtete. Diesmal soll der Aufmarsch unter dem Motto „Gegen linken Terror und Polizeiwillkür“ stehen. Als Redner der von zahlreichen Kameradschaften und hessischen NPD-Gliederungen unterstützten Demonstration sind die NPD-Funktionärin Doris Zutt, Axel Reitz (KDS) und Michael Burkert aus Thüringen angekündigt. Nach Angaben der Veranstalter wurden drei für den gleichen Tag geplante Demonstrationen in Meiningen, Suhl und Cottbus verschoben, „um alle verfügbaren Kräfte nach Gladenbach zu entsenden“.

■ **Kiel** – In der aktuellen Ausgabe des vom neonazistischen Bündnis Rechts (BR) herausgegebenen „Lübschen Aufklärer“ wird für die Demonstration am 1. Mai in Dresden geworben. Den größten Raum nimmt in der „Politischen Zeitschrift des 'Bündnis Rechts'“ der dokumentierte Schriftwechsel zwischen dem selbst ernannten „Präsidenten des provisorischen Deutschen Reichstages“ Manfred Köhntopp im schleswig-holsteinischen Hörsten und dem Bundestag ein. Das Bündnis Rechts um den Kieler Dieter Kern bietet weiterhin in sieben Bundesländern die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme, Sachsen ist mit einer neuen Adresse in Bautzen dabei. In Baden-Württemberg, Hessen und Thüringen ist das BR nicht mehr mit einer Kontaktperson vertreten. Im vergangenen Jahr kam Siegfried Lackner für Bayern neu hinzu.

■ **München** – Alexander Maetzing (27), bislang zweiter Kopf der Neonazi-Truppe „Kameradschaft Süd“, wurde vom Amtsgericht München wegen gefährlicher Körperverletzung und Verstößen gegen das Waffengesetz zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und acht Monaten verurteilt. Maetzings Mittäter Maik P., der bereits wegen anderer Schlägereien vorbestraft ist, erhielt drei Jahre und vier Monate. Maetzing und P. hatten am 19. Juli 2003 einen Neonazi-Aussteiger in Unterschleißheim mit Faustschlägen und Stiefeltritten krankenhausreif geschlagen. Maetzing wartet nun in Strafhäft auf die Anklage der Generalbundesanwaltschaft wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Der von dem Neonazi Martin Wiese geführten „Kameradschaft Süd“ wird vorgeworfen, einen Anschlag auf die Baustelle des Jüdischen Gemeindezentrums in München am 9. November vergangenen Jahres geplant zu haben.

■ **München** – Am 20. März hat in München der Bundesparteitag der DVU stattgefunden. Angaben der „National-Zeitung“ zufolge wurden die Vorstandsmitglieder mit jeweils „überwältigenden Mehrheiten in ihren Ämtern bestätigt.“ Der DVU-Bundesvorsitzende Gerhard Frey erzielte demnach 99,2 Prozent der Stimmen. Redner auf dem Bundesparteitag waren neben Frey der DVU-Bundespressesprecher Bernd Dröse, der „National-Zeitung“-Redakteur Sven Eggers, der DVU-Fraktionsvorsitzende in Bremerhaven und Bremer Landtagsabgeordnete Siegfried Tittmann sowie der DVU-Landesvize in Bayern Thomas Mehnert.

■ **Schwarzenborn** – Nach 21-monatiger „Gesinnungshaft“ ist der Rechtsextremist Manfred Roeder wieder auf seinen „Reichshof“ im hessischen Schwarzenborn zurückgekehrt. Auch während der Zeit seiner Inhaftierung konnte Roeder dank der Unterstützung von Sina Reichenbach und Gerd Ittner die Herausgabe seines „Rundbriefes“ („Deutsche Bürgerinitiative“) und des „Deutschen Jahresweisers“ fortsetzen. Autorin des „Deutschen Jahresweisers“ ist unter anderem die thüringische Neonazi-Führerin Yvonne Mädels.

■ **Zirndorf** – Gerd Ittner, selbst ernannter „Sachwalter des Deutschen Reiches“, lädt am 22. und 23. Mai im Raum Ostthüringen alle „Staatsbürger, Sachwalter und sonstige an der Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches Mitwirkenden“ zu einer Versammlung ein. Für die Veranstaltung hat der in Zirndorf lebende Neonazi ein aus seiner Sicht symbolisches Datum aus-

gewählt: „An jenem Tage wurde 1945 die letzte rechtmäßige Reichsregierung unter Großadmiral Karl von Dönitz in einem zutiefst völkerrechtswidrigen Terrorakt verhaftet.“ Der Bundesrepublik Deutschland prophezeit Ittner in seiner Einladung den baldigen Zusammenbruch. Sie befindet sich „in den letzten Monaten ihres Bestehens“.

Ausland

■ **Dänemark (Kopenhagen)** – Der Rundfunkrat der dänischen Regierung hat am 18. März entschieden, dem Neonazi-Radiosender „Radio Oasen“ keine Staatszuschüsse mehr zu zahlen. Auch nach dem Entzug der Subventionen von in diesem Jahr 78 000 Kronen (umgerechnet 10 000 Euro) darf das Rundfunkprogramm der Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung (DNSB) aber weiter ausgestrahlt werden. Bislang war der Sender aus einem Fonds für nicht-kommerzielle Radioprogramme gefördert worden. Europas einziger Neonazi-Radiosender füllt seine rund 60-stündige wöchentliche Sendezeit unter anderem mit „rassenbewusster White-Power-Musik“, wie es in einer Eigenbeschreibung heißt. Auch Lesungen aus „Mein Kampf“ gehörten in der Vergangenheit zum Programm, das in den südlichen Vororten Kopenhagens zu empfangen ist.

■ **Österreich (Linz)** – Das „4. VAWS-Festival“ (Verlag + Agentur Werner Symanek, Oberhausen) findet vom 23. bis 25. April unter dem Motto „Heiliges Österreich“ auf einem Schloss in der Nähe von Wels bei Linz statt. Geboten werden drei Tage „Musik, Kunst, Filme und Party!“ Mit dabei sind einschlägig bekannte Gruppen aus der Bundesrepublik, Österreich, Italien, Ungarn und den USA: „Forthcoming Fire“, „Von Thronstahl“, „The Days Of The Trumpet Call“, „Allerseelen“, „Rose Rovine E Amanti“, „Cawatana“, „PTT“, „Near Death Experience“, „Belborn“, „Sagittarius“, „Tyr Kreis“, „Anonkrata“ und „Boyd Rice“. VAWS ist bereits seit über 15 Jahren durch die Produktion und den Vertrieb zahlreicher tendenziell rechtsextremer Bücher auffällig geworden. Seit einigen Jahren liegt der Schwerpunkt im Vertrieb von Tonträgern, die dem Dark Wave und Gothic-Bereich zuzuordnen sind.

■ **USA (Chicago)** – Der von dem bundesdeutschen Justizflüchtling und Holocaust-Leugner Germar Rudolf gegründete und geleitete Verlag Castle Hill Publishers verfügt neuerdings neben einer Postfachadresse in England (Hastings) auch über eine An-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 9
Heft 07/2004 Abo 401917
Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10
10999 BERLIN

schrift in den USA (Chicago). Schwerpunkt des Verlages ist die Herausgabe von holocaustleugnenden Publikationen wie den „Vierteljahresheften für freie Geschichtsforschung“ (VffG). In der neuesten Ausgabe der VffG (Mitarbeiter: Jürgen Graf, Francis Dixon, Patricia Willms) beklagt Rudolf, dass sein Erzeugnis in den letzten Jahren Abonnenten verloren habe. Er appelliert „an alle Leser“: „Wenn ... die Abonnentenentwicklung noch drei Jahre so weitergeht, werden die Vierteljahreshefte ... aus finanziellen Gründen zwangsweise eingestellt werden müssen. Dann würde das letzte deutsche nicht-zensierbare Organ von internationalem Rang und wissenschaftlichem Ansehen aufhören zu bestehen.“

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bmr.de
Internet: <http://www.bmr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.